

Verkammerung – Pro und Kontra

Thema „Verkammerung“ – Jahrzehnte alt

Die Debatte um die Einrichtung einer Kammer für Krankengymnasten und Masseur wurde bereits in den achtziger Jahren eröffnet. Seither sind die Fronten klar: ZVK dafür – IFK, VDB und VPT dagegen.

Bayern und Rheinland-Pfalz: Versuchsballons zur Verkammerung auf Landesebene

Nachdem sich die Politik jahrzehntelang nicht für das Thema interessiert hatte, betrat das Thema „Verkammerung“ 2010 wieder die politische Bühne, als die Regierung des Freistaates Bayern den Gedanken einer Kammergründung erst für Pflegeberufe, dann für nichtärztliche Heilberufe auf die Agenda setzte. Das Projekt wurde indes von der Gesundheitsministerin Huml sowie vom Landtag rasch wieder beerdigt und durch die Idee der Schaffung eines Pflege- und Heilberufesenats ersetzt, und zwar aus verschiedenen Gründen, sicher nicht zuletzt wegen der unvermeidlichen Kosten für Errichtung und Betrieb einer Kammer, die nicht allein aus Mitgliedsbeiträgen finanziert werden könnten.

2011 startete die Ministerin für Gesundheit in Rheinland-Pfalz Malu Dreier eine Initiative zur Einrichtung einer gemeinsamen Berufskammer für Pflege- und Heilberufe. IN der Zwischenzeit ist das Projekt einer Pflegekammer kurz vor dem Start, eine Heilberufekammer ist kurzfristig nicht zu erwarten. Wegen der überschaubaren Menge der in Heilmittelberufen tätigen Menschen würde so eine Kammer allerdings für jedes einzelne Mitglied recht teuer, erst recht, wenn man die Kammer nur für Selbständige öffnen würde. Dies wird am Beispiel der Psychotherapeutenkammer im Saarland mit nur 400 Mitgliedern deutlich – in Rheinland-Pfalz waren Ende 2011 immerhin rund 2.000 Praxen zugelassen zur



Leistungserbringung in der GKV, hinzuzurechnen ist eine unbekannte aber sicher nicht große Anzahl reiner Privatpraxen.

ZVK: „Pro“

Der ZVK sieht als einziger Verband „Vorteile“, insbesondere "zur Regulierung der Fortbildung und der Berufsausübung durch Berufsethik und disziplinarische Maßnahmen", so ein ZVK-Vertreter wörtlich in einer Anhörung der Vereinigung der Leitenden Lehrkräfte an Physiotherapieschulen Landesgruppe Rheinland-Pfalz (VLL) im Sommer 2012. Im Einzelnen:

- Beim Bereich „Fortbildung“ sieht der ZVK den Bedarf, einen "Wust" zu „regulieren“. Da fragt man sich natürlich, was „regulieren“ bedeuten soll – soll es etwa ein Beschneiden des vielfältigen innovativen Fortbildungsangebots im Bereich der Physiotherapie geben?
- „Beschwerden von Patienten“ wolle man ebenfalls durch die Kammer nachverfolgt sehen, so der ZVK.
- Im Übrigen hegt der ZVK wohl die Hoffnung, dass die Kammer zur Lösung fast aller Probleme der Berufsgruppe beitragen könnte, was jedoch schon wegen rechtlicher Zuständigkeiten unmöglich ist. In das Vertragsgeschäft der Krankenkassen mit den Berufsverbänden, das durch das SGB-V auf Bundesebene geregelt wird, kann eine Kammer nicht hineinwirken. Die Berufsausbildung ist ebenfalls eine Angelegenheit der Bundesgesetzgebung, hier wirken im Übrigen die Berufsverbände schon lange als fachliche Impulsgeber für den Gesetzgebungsprozess. Allein bei der beruflichen Fortbildung kommt die Landesebene ins Spiel.

Der ZVK sucht seine Argumente vor allem im Bereich "mehr politische Vertretung", "Registrierung aller Physiotherapeuten" und "mehr Ansehen der Berufsgruppe", kann jedoch auf die mit anderen Kammern gemachten Erfahrungen keine zufriedenstellende Antwort finden:

- Industrie- und Handelskammern (IHK), Anwaltskammern, Ärztekammern nimmt man primär wahr als träge Selbstverwaltungen, die von inneren Widersprüchen und Konflikten innerlich zerrissen und in ihren Handlungsmöglichkeiten behindert werden: einziges Bindemittel der IHK etwa ist die Gewerbesteuerpflicht ihrer Mitglieder; die Ärztekammer leiden unter den internen Konflikten zwischen den niedergelassenen und den angestellten Mitgliedern.
- Die Kammern haben durchweg deutlich weniger politische Schlagkraft als z.B. die Verbände von Industrie und Handel, von Ärzten oder Rechtsanwälten.
- Eine bundesweite Registrierung der Heilmittelerbringer wird es künftig durch das Gesundheitsberuferegister geben, dieses soll auch den Heilberuferausweis ausstellen – eine Kammer ist hierfür nicht notwendig.
- Nur ein Beispiel dafür, dass das Ansehen einer Berufsgruppe nicht von einer Kammer abhängt, sind die keiner Kammer angehörigen Gesundheitsökonominnen, die sich mittlerweile im Gesundheitswesen, insbesondere in der Wissenschaft, aber auch als angestellte Fach- und Führungskräfte in Kliniken und



Selbstverwaltungen eine Position erarbeitet haben, die auf Augenhöhe mit der Ärzteschaft rangiert.

IFK, VDB, VPT: „Kontra“

Die Berufsverbände IFK, VDB und VPT haben seit Beginn der Diskussionen um eine Verkammerung konsequent ablehnende Positionen vertreten.

IFK und VDB haben in vielen Diskussionen und Veröffentlichungen überzeugend dargelegt, dass die Hauptprobleme der Physiotherapeuten – **Reformbedarf bei Inhalt und Form der Ausbildung, Direktzugang und Vergütung** im GKV-System - nicht durch eine Kammer gelöst werden können, sondern nur durch Bundesgesetzgebung. Hierfür setzen sich die Verbände teils gemeinsam, teils unabhängig voneinander ein:

- So hat der VDB-Physiotherapieverband mit dem Modell des „Heilpraktikers auf dem Gebiet der Physiotherapie“ eine Form des Direktzugangs auf dem Rechtswege erstritten, die auf dem stetig wachsenden Selbstzahlermarkt praktikabel ist.
- Die Probleme der Praxen im System der GKV durch Überbürokratisierung und zu niedrige Vergütungen kann eine Kammer schon gar nicht lösen, dies ist nach SGB V allein Sache der Vertragspartner, deren Vereinbarungsbefugnisse nach Inhalt und Umfang wiederum durch die Bundesgesetzgebung und die Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) begrenzt werden.

Zudem schaffen Kammern neue Probleme:

- Gemeinsam warnen IFK, VDB und VPT vor den Nachteilen und Gefahren einer Kammer, nämlich Kostenbelastungen durch Kammerbeiträge, Überregulierung, Schikanierung durch „disziplinarische Maßnahmen“ und noch mehr Bürokratie und Kontrolle.
- Andere verkammerte Berufsgruppen opponieren zunehmend gegen den Kammerzwang und Beiträge und fragen zurecht danach, was ihre Kammer für den Berufsstand tut.

Fazit

In der Diskussion über die Einrichtung einer Kammer für nichtärztliche Heilberufe werden von den Befürwortern viele Hoffnungen geweckt, dass die drängenden Probleme der Heilmittlererbringer durch eine Kammer gelöst oder wenigstens gemildert werden können. Im Saldo bleiben dies aber nicht einlösbare Versprechungen. Was bleibt, sind Kosten durch Beiträge und Belastungen durch neue Bürokratie.

